

1.5 Erläuterung des methodisch - theoretischen Ansatzes

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Arbeit, mehr als einundeinhalb Jahrzehnte nach dem Ende der DDR, ist die Auseinandersetzung über einen adäquaten Umgang mit der ostdeutschen Vergangenheit immer noch stetigen Wellenbewegungen ausgesetzt und ist mal mehr und mal weniger Mittelpunkt hitziger Diskussionen in Forschung und Medien. An bisherigen und zukünftigen Vorschlägen zur Ausrichtung der DDR-Forschung mangelte und mangelt es nicht, wie auch Historiker des *Instituts für Zeitgeschichte* in einem Aufsatz hierzu Ende 2005 festhielten. Forderungen beispielsweise nach Einbettung der DDR in eine transnationale Ebene werden in einem Atemzug mit Desiderata der bisherigen Forschung genannt. Dabei bewegt sich Zeitgeschichte immer in einem vielschichtigen „dynamischen Mehrebenensystem“ (Michael Gehler). Es klingt daher plausibel, wenn die Aufgabe nicht lauten sollte, einen „einheitlichen neuen Forschungstrend zu zementieren, sondern möglichst viele Zugangsweisen zu testen.“¹

Bei der Untersuchung der elementaren Bedeutung von Massenorganisationen bei Ausübung von Freizeitbeschäftigungen in der DDR lassen sich durchaus modifizierte Methoden anwenden, die von einer reinen Perspektive „von oben“ abweichen. Zwar dominierte in einer bisherigen Arbeitsweise zu Massenorganisationen der DDR häufig der Ansatz, „von oben“ nach „unten“ in der Machtpyramide, um Anspruch und Umsetzung der Herrschaftsausübung zu beschreiben. Häufig blieb dieser Ansatz „aber nicht selten im Dickicht der zentralen Diskussionen und Beschlüsse stecken“, wie Ulrich Mählert den Stand der Forschung 2003 bilanzierte. Ein veränderter Forschungsstand und auch die Quellenlage würden aber auch einen Perspektivwechsel zulassen, der von den Interessen, Auffassungen bzw. der „Realität der ‚Beherrschten‘“ als Grundlage ausgehend das Handeln der „Herrschenden“ beschreiben könnte, um so die „viel beschworenen Grenzen der Diktatur deutlicher“ zu machen, welche „sich aus individuellen und kollektiven Beharrungskräften der Menschen gegenüber irrationalen politisch-ökonomischen Vorgaben von oben ergaben“, ohne jedoch an dem diktatorischen Charakter insgesamt etwas ändern zu können.²

Thomas Lindenberger schlug in diesem Zusammenhang schon im Jahr 2000 eine Betrachtungsweise vor, die von den „Fluren und Korridoren der ‚hauptamtlichen‘ Machtverwaltung“ den Blick auf die „unterste Ebene der Machthierarchie“ richten sollte, will man den Austausch von Ansprüchen und Interessen, Arrangements und schließlich der Thematik „Herrschaft und Eigen-Sinn“ gerecht werden. Es geht bei dem auf Alf Lüdtk

¹ Henrik Bispinck, Dierk Hoffmann, Michael Schwartz, Peter Skyba, Matthias Uhl und Hermann Wentker: Die Zukunft der DDR-Geschichte Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung. In: VfZ 4(2005), S. 547-570. Hier S. 547-551 in Bezugnahme u. a. auf Michael Gehler: Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, internationaler Arena und Globalisierung. Bochum 2001, S. 194. Zum Zeitpunkt der Endredaktion dieser Arbeit erhitzen zudem die Vorschläge der „Sabrow-Kommission“ zur zukünftigen Ausrichtung der DDR-Forschung politische wie wissenschaftliche Gemüter.

² Mählert in *Bilanz und Perspektiven*, S. 106.

zurückzuführenden Begriff „Eigen-Sinn“ weniger um Widerstand, als um Aneignung von Herrschaftsinteressen und - daraus abgeleitet - individuelle Schlussfolgerungen für den Alltag.³ In einer Sichtweise, die rein von der Herrschaftsperspektive ausgeht, geht der individuelle Antrieb verloren. Dies würde zudem nur schwer den für einige Funkamateure darüber hinausgehenden Reiz berücksichtigen, in einer Massenorganisation wie der *Gesellschaft für Sport und Technik* und ihren zahlreichen Abteilungen als Funktionär für den Amateurfunk tätig zu sein. Funktionsmechanismen der DDR sind m. E. unter anderem nur dadurch zu analysieren, wenn man neben formellen Organisationsformen die zahlreichen informellen Netzwerke von Funktionärsgruppen berücksichtigt, so dass im hier vorliegenden Falle ein „gruppenbiographischer Zugang“ Voraussetzungen zum Verständnis bietet,⁴ der zudem das Fortwirken spezifischer Traditionen berücksichtigt. Die vorliegende Untersuchung konzentriert daher den Blick insbesondere auf den Ausschnitt der Strukturen der Massenorganisation GST, in welchen die Funkamateure als Funktionäre eingebunden waren, um ein Verständnis der Verhältnisse, Zwänge, Abhängigkeiten, aber auch der Freiräume und Möglichkeiten an der Nahtstelle zwischen Staat bzw. Massenorganisation und Funkamateur zu bekommen. Individuell empfanden sich z.B. hauptamtliche Funktionäre der GST durchaus als Funkamateure **und** Funktionäre. Schon der Titel der Arbeit „Zwischen Selbstzweck und gesellschaftlichem Auftrag“ soll darauf hindeuten, dass die Rahmenbedingungen für Funkamateure in der DDR nicht nur durch die eigenen Bedürfnisse geprägt waren, sondern vielmehr mit einer staatlichen Erwartungshaltung auf dem militärischen Sektor an die Gruppe gekoppelt waren. Ist außerdem hier im Text von **der Gruppe** der Funkamateure die Rede, so beschreibt dies den gemeinsamen Nenner einzelner Amateure zueinander, lässt aber individualistische Eigenarten außen vor. Es geht hier also um das Gruppengedächtnis, welches die Gruppenidentität prägt bzw. im soziologischen Sinne das „Binnenverständnis“ der Funkamateure darstellt, und das diese mit in die DDR einbrachten. Hat erst einmal eine Homogenisierung der Gruppe stattgefunden, so wird von neuen Mitgliedern verlangt, sich dem Selbstverständnis anzupassen und die Verhaltensweisen der Gruppe zu übernehmen. Eine Selbstdarstellung einzelner Gruppenmitglieder nähert sich dabei zwangsläufig stets der allgemeinen Gruppenselbstdarstellung an. Bei auftretendem Konflikt, Spaltung und Auflösung gilt dieses naturgemäß nicht mehr.⁵ Konflikte bleiben daher unschwer aus, wenn eine Gruppe von Individualisten mit ihrem als Konsens vereinbarten Organisationsstrukturen auf einen erweiterten Organisationsrahmen trifft, der andere Zielsetzungen nicht ausschließt. Allgemein bestanden nämlich auch in der DDR hinter der

³ Thomas Lindenberger: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands. In: Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, B 40 (2000) vom 29. September 2000, S. 5-12, hier S. 12.

⁴ Bispinck, Hoffmann, Schwartz, Skyba, Uhl, Wentker, S. 552.

⁵ Dieter Claessens: Gruppe und Gruppenverbände. Darmstadt 1977, S. 12 ff.

„Fassade des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems zahlreiche Interessensgegensätze und Bündiskonstellationen. Politische Entscheidungen waren vielfach nicht Ergebnis gemeinsamen, zielgerichteten, programmatischen Handelns, sondern waren wesentlich durch Gruppenkonflikte bestimmt.“⁶

Der Soziologe Wolfgang Engler beschreibt die DDR in diesem Zusammenhang als eine „Aushandlungsgesellschaft“.⁷ Er verweist darauf, dass der Staat DDR zwar Eckdaten einer Lebensordnung und –weise bestimmte, ohne aber jede Einzelheit des Daseins festzulegen. Der DDR-Alltag, auch derjenigen der Fabriken und Behörden, war durch fehlende Eindeutigkeit und Verlässlichkeit geprägt.

„Permanenter Mangel, Rechtslücken und ideologische Kampagnen unterhöhlten die ‚große Ordnung‘ in materieller, sozialer und geistiger Hinsicht und wiesen die Akteure auf sich selber hin. Der staatssozialistische Disziplinarraum bestand aus lauter wilden Räumen, in denen Arbeiter und Direktoren, Bittsteller und Amtspersonen, Mitglieder und Funktionäre Ordnungen von beschränkter Dauer und Gültigkeit mit- und gegeneinander aushandelten und auskämpften.“⁸

Vom Prinzip her war die DDR anfänglich *Organisationsgesellschaft*, in der Praxis nach Engler aber doch eher *Improvisationsgesellschaft*, welche der individuellen und gemeinschaftlichen Selbstorganisation bedurfte. Mit der Zeit zementierte sich so zusehend eine „Dialektik von Ordnung und Improvisation, von Regel und Regelverstoß, von Rollentext und Rollenspiel.“ Das System „zehrte von einer Individualisierung, die es nur ungern sah“, für Engler Ausdruck einer realistischen oder auch zynischen Haltung, die ausgerechnet das mit in das System einrechnete, „was ihm objektiv zuwiderlief“, nämlich den unzerstörbaren Eigensinn der Menschen. Die DDR existierte so aus einer Differenz zu sich selber heraus, war ein Paradefall von „ironischer Gesellschaft“.⁹

Konkret kann man dieses Aushandeln beispielsweise an dem rechtlich verankerten Instrumentarium der Eingabe festmachen, welches auch für die GST Bedeutung hatte. Felix Mühlberg betont hierzu, dass Eingaben in der DDR ein einzigartiges Novum in der deutschen Verwaltungsgeschichte darstellten, denn sie waren ein für den Bürger seit Februar 1953 offiziell verankertes Instrument zur Konfliktbewältigung, das nicht an juristische Formen gebunden war und sich somit unterhalb der Justizebene abspielte. Eingaben betrafen zumeist Auseinandersetzungen mit der Verwaltung. Da der Verwaltungsorganisation beim propagierten Aufbau des Sozialismus in der DDR eine dominierende Rolle zukam, war die Eingabe als „Instrument der Rückkopplung“ gedacht, durch welche dann Probleme auch tendenziell gelöst wurden. Nachdem bis 1953 Eingaben

⁶ Bispinck, Hoffmann, Schwartz, Skyba, Uhl, Wentker, S. 552

⁷ Wolfgang Engler: „Aushandlungsgesellschaft“ DDR. In: Individualisierung und Integration Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus. Hrsg. v. Ulrich Beck u. Peter Sopp. Opladen 1997, S. 37-46.

⁸ Engler, S. 39.

⁹ Engler, S. 42 f.

zumeist an den Präsidenten der Republik, Wilhelm Pieck, adressiert waren, so wurde durch die rechtliche Verankerung der Eingabe der Adressatenkreis erweitert, um Eingaben vor Ort durch die jeweilige Verwaltung selbst zu bearbeiten. Hierfür gab es vorgeschriebene Bearbeitungsfristen. Unabdingbar zum Funktionieren eines solchen Eingabesystems waren „fest definierte gesellschaftliche Normen, Werte und Ziele“, die von den Verfassern mit den eigenen Vorstellungen einer Normalität kombiniert und „gegen eine erfahrene Realität“ angeführt wurden. Grundauffassung war in diesem Zusammenhang wiederum, dass man davon ausging, Missstände gemeinsam mit der Verwaltung zu lösen. Eingaben waren also „zwar gesetzlich geregelt, jedoch kulturell determiniert“. Die für die Gesellschaft allgemein postulierten Werte konnten somit für persönliche Zwecke verwendet werden, insbesondere wenn man es verstand, diese Werte mit eigenen Anliegen zu koppeln, unabhängig davon, ob man mit diesen en détail konform ging oder nicht. Man handelte die gesellschaftlichen Bedingungen unter der großen Ordnung ständig aufs Neue aus, nämlich dort, wo sie subjektiv empfunden nicht mehr mit der Realität des Bürgers übereinstimmten.¹⁰

Die Thematik *Organisationsgesellschaft* geht auf Detlef Pollack zurück, der 1990 dieses Modell vorstellte, es aber 1997 zu Gunsten einer *konstitutiv widersprüchlichen Gesellschaft*¹¹ modifizierte, um so stärker zu betonen, „dass sich durch die DDR-Gesellschaft spezifische Spannungslinien zogen, die ebenso destruktiv wie unvermeidbar waren“ und nur durch eine fehlende unabhängige Öffentlichkeit in der geschlossenen Gesellschaft der Eindruck eines stabilen Staates erweckt wurde. Pollack beschreibt sieben Spannungslinien, an denen er die Widersprüchlichkeiten festmachte und von denen auch einige für den vorliegenden Untersuchungsrahmen hilfreich sind. Garantierte das *politische Versorgungssystem* ein Höchstmaß an sozialer Sicherheit, in welchem der Einzelne sich nicht mehr zwangsweise - insbesondere auf dem Arbeitsmarkt - behaupten musste, so entstand ein „fein abgestuftes Sanktionssystem“, das die Zuwendungen des Staates an die politisch-ideologischen Vorstellungen knüpfte und bei nicht erfüllten Erwartungen dieses einsetzte. Somit wurde ein *individuelles Selbstinteresse* angesprochen, sich nämlich dem System anzupassen und diesem zweckrational zu begegnen. Es entstand ein „Austauschverhältnis“ von „politischer Anpassung“ bei „wirtschaftlicher Versorgung“, das sich erst bei der Nichterfüllbarkeit der Versprechungen von „relativem Wohlstand und Aufstiegsmöglichkeiten“ auflöste.¹² Pollack verweist weiterhin unter den Begriffen *Formalität und Informalität* auf die überall sichtbaren Reaktionen der Überorganisation durch zwangsläufige Bildung von informellen Netzwerken, die die entstandenen Defizite mäßigen sollten und bei der Bewältigung von Alltagsproblemen halfen. Die jahrzehntelang in der DDR fehlende unkontrollierte Öffentlichkeit zeigt nach

¹⁰ Felix Mühlberg: Eingaben als Instrument informeller Konfliktbewältigung. In: befremdlich anders, S.233-270. Hier insbesondere S. 233-241.

¹¹ Detlef Pollack: Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR Oder: War die DDR-Gesellschaft homogen? In: Geschichte und Gesellschaft 24 (1997), S.110-131.

¹² Pollack S. 117 f. u. S. 129.

Pollack, dass diese informellen Kommunikationssysteme nicht untereinander vernetzt waren, „weshalb sie sich interaktiv auch nicht wechselseitig bestärken konnten“. Er weist dadurch auch auf eine in seiner Meinung nach „Überschätzung“ der informellen Netzwerke in der Literatur hin, beinhalteten diese doch immer auch parasitäre Absichten und befanden sich somit in Abhängigkeit zu ihrem Wirt. Zusammenfassend will Pollack erkennen, dass beim zentral gesteuerten sozialistischen Umbauprojekt nicht mit „der Eigendynamik der gesellschaftlichen Teilbereiche“ und genauso wenig mit den daraus entstandenen Folgewirkungen gerechnet wurde.¹³ Allerdings kann in diesem Zusammenhang mit Engler auf das teilweise stillschweigende Miteinkalkulieren solcher Eigendynamiken in die Planungen der Führung verwiesen werden.

Die Erklärungsansätze zur DDR-Gesellschaft sind ansonsten so zahlreich, dass für jeden theoretischen Ansatz das eine oder andere Gegenmodell benannt werden kann. Alle Erklärungsansätze verweisen darauf, dass die DDR unzweifelhaft keine Demokratie war. Die Ausfüllung des Diktaturbegriffs aber lässt neben denen hier schon genannten Ansätzen noch Platz für viele weitere, unterschiedliche Charakterisierungen, wie Dietrich Staritz in einem Vortrag im April 2006 festhielt: *Zustimmungsdiktatur, Diktatur der Liebe, Konsensdiktatur, Fürsorgediktatur, Polizeistaat, autoritärer Obrigkeitsstaat, posttotalitärer Überwachungs- und Versorgungsstaat* sind beispielsweise weitere Begriffsbildungen, mit denen sich dem DDR-Staat angenähert werden soll.¹⁴ Auch wenn es schwer ist, die zahlreichen Erklärungsansätze und ihre immer neuen Schattierungen in ihrer Gesamtheit noch zu überblicken, so kann man aber ableitend davon konstatieren, dass die DDR-Gesellschaft eine Komplexität vorzuweisen hatte, deren Beschaffenheit schwer in ein einziges Modell zu fassen ist und deren Ausdifferenzierung schon während ihrer Existenz nicht nur durch die SED-Machthaber, sondern auch international unterschätzt wurde. Hinzu kommt natürlich der Befund, dass es sich auch bei der vorliegenden Arbeit um eine Arbeit zur Zeitgeschichte handelt, die immer auch Streitgeschichte ist, wie es Martin Sabrow im Jahre 2001 formulierte.¹⁵ In Bezugnahme auf Christoph Kleßmann sieht Sabrow die beiden deutschen Staaten am besten in einer „asymmetrisch verflochtenen Parallel- und Abgrenzungsgeschichte“ repräsentiert, für ihn eine Frage nach den Modernisierungsschüben der beiden Staaten unter verschiedenen Voraussetzungen. Zeitlebens blieb die DDR auf die Bundesrepublik bezogen, sei es in Abgrenzung, Konkurrenz oder heimlicher Orientierung an ihr. Umgekehrt war die Bundesrepublik weniger an der DDR orientiert, auch wenn das „Wirtschaftswunder“ ohne den beständigen Zustrom gut ausgebildeter Facharbeiter nicht

¹³ Pollack, S. 122 f.

¹⁴ Dietrich Staritz: Forschungen zur DDR-Geschichte. In: Kulturation 1 (2006). http://www.kulturation.de/s_text.php?uebergabe=31.

¹⁵ Martin Sabrow: Die DDR im nationalen Gedächtnis. In: Jörg Barberowski, Eckart Conze, Philipp Gassert, Martin Sabrow: Geschichte ist immer Gegenwart Vier Thesen zur Zeitgeschichte. Stuttgart u. München 2001, S. 91-111.

gleichstark ausgefallen und eine soziale Marktwirtschaft nicht eingeführt worden wäre. Schließlich war die bundesrepublikanische Kommunistenparanoia der fünfziger Jahre nicht nur durch die US-amerikanischen Einflüsse, sondern insbesondere durch den ostdeutschen Staat möglich. Im Modell einer „asymmetrisch verflochtenen Parallel- und Abgrenzungsgeschichte“ haben daher

„neben Vergleichsfragen im eigentlichen Sinne Untersuchungen zu den parallelen und gegensätzlichen Entwicklungen in beiden deutschen Staaten ebenso Platz wie die Analyse ihrer Kooperations- und Konkurrenzbeziehungen und natürlich die von West nach Ost wie Ost nach West wirkenden Transfereinflüsse.“¹⁶

Für die vorliegende Arbeit hat dieses Modell, auch ohne auf die Modernisierungsdebatte einzugehen, einen großen Reiz, hatten doch Funkamateure beider Staaten täglichen Kontakt im Äther zueinander, trotz aller physischen Barrieren und psychischen Befindlichkeiten.

Die hier vorliegende Mikrostudie kann sich aus den zuvor geschilderten Gründen nicht alleine auf eine institutionelle Organisationsgeschichte, ideologische Konzeptionen und politische Wirkungen beschränken. Um eine erfolgte Umsetzung in der „Realität“ erörtern zu können, reicht es eben nicht, nur aktenimmanent zu urteilen, denn zu groß wäre ansonsten die Gefahr, Opfer eines „Aktentrugbildes“ zu werden. Bei der Untersuchung benötigt es daher der subjektiven Wahrnehmung der beteiligten Funkamateure, auch wenn sich daraus wiederum weit reichende Probleme ergeben, nicht nur deswegen, da diese stets aus einer aktuellen, heutigen Sicht bestimmt werden. Es lassen sich aber im vorliegenden Falle nur auf diese Weise weitere Facetten herausarbeiten, welche das Verhältnis und die Einstellungen der Funkamateure zu den weitergehenden Aufgaben innerhalb der Massenorganisation ausleuchten. Die nur geringfügig erhaltenen, von den untergeordneten Bezirksorganisationen der GST an ihren ZV gesandten Berichte können nur begrenzt zur Bewertung der Situation an der Basis, d.h. zur Beschreibung der Stimmungen und Einstellungen der Funkamateure gegenüber ihrer Lage, ausgewertet werden. Erschwerend kommt zudem hinzu, dass bei der Behandlung von Akten der DDR zumeist davon auszugehen ist, dass je höher die empfangene staatliche oder parteiliche Stelle innerhalb der DDR-Hierarchie war, „desto geringer ... der Aussagewert des Aktenstückes“ wurde, d.h. kritische Elemente, „die für den und von dem Berichtenden als ‚gefährlich‘ angesehen wurden“ sind bei Berichterstattung gestrichen, entschärft oder verfälscht worden.¹⁷ Neben dem Aktenstudium mussten aus diesen Gründen Zeitzeugen hinzugezogen werden. Nur auf diesem Wege konnten Lücken im Aktenbestand ausgefüllt, informelle Strukturen aufgedeckt und teils verklausulierte Forderungen in Anträgen und deren Umsetzung in den

¹⁶Sabrow, S. 99 f.

¹⁷ Matthias Judt: „Nur für den Dienstgebrauch“ – Arbeiten mit den Texten einer deutschen Diktatur. In: Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Hrsg. v. Alf Lüdtke und Peter Becker. Berlin 1997, S. 29-37, hier S. 35 f.

Zusammenhang eingebracht werden. Dies führte zwangsläufig zu Problemen im Kontext des persönlichen und der eines der aktuellen Eigensicht der Gruppe entsprechenden Erinnerens. Es prallten an dieser Stelle kollektives Gedächtnis und individuelles Empfinden des Zeitzeugen - mit seiner auf eine einzige Perspektive zielenden Absicht - auf die Ambitionen des Historikers, die Sache aus einer hinreichenden Distanz in ihrer komplexen „Multiperspektivität“ zu betrachten, die Raum für Mehrdeutigkeiten lässt und unterschiedliche Motive wie Verhaltensweisen der Beteiligten ernst nimmt.¹⁸ Schwierigkeiten bereitete es anfangs, überhaupt geeignete Zeitzeugen zu finden. Weder äußerten sich bisher Funkamateure in höheren Positionen der GST öffentlich zur Zeit des DDR-Amateurfunks, noch waren ehemalige Funktionäre anfänglich bereit, einem externen, aus dem Westen stammenden „Jüngeren“ Auskunft über diese Zeit zu geben. Die dann zur Mitarbeit bereiten Zeitzeugen taten dies zuerst aus dem inneren Antrieb heraus, die „Leistungen der Gruppe würdigen“ und den „Amateurfunk ins richtige Licht rücken“ zu wollen. Das „diachrone Gewahrwerden von autobiographischem Zeiterleben“ beförderte jedoch auch im vorliegenden Fall bei der „Konfrontation“ mit zumeist nicht gesehenem Aktenmaterial und die durch Vorgespräche aktivierten Selbstreflexionen eine Mehrdimensionalität konträr dem bisherigen individuellen Geschichtsbild. Die Folge war ein Versuch, das eigene Erleben mit dem der Gruppe oder auch der Darstellung der vorliegenden Arbeit in Synchronisation zu bringen. Es gab natürlich eine Art von Angst, sich für seine Biographie rechtfertigen zu müssen.¹⁹ So bedurfte es erst vielfacher vertrauensbildender Maßnahmen, mit denen unterstrichen werden sollte, genau dieses nicht zu beabsichtigen. Erst dies überzeugte einige Funkamateure am Projekt mitzuarbeiten, die eigenen Erinnerungen beizusteuern und sich auf dieses möglicherweise in bestimmten Dingen relativierende „Wagnis“ einzulassen. Vertrauensbildende Maßnahmen bestanden aus regelmäßigem Kontakt und erlaubter Einsichtnahme in den Stand der Arbeit vor der Durchführung des eigentlichen Interviews. Bis zum eigentlichen Termin waren die Zeitzeugen also über die Intention der Arbeit „vorgewarnt“ und auch über den Stand der Ausarbeitung im Bilde. So sollte auf diesem Wege eine *Tribunalsituation* vermieden werden. Eine solche Situation ist allgemein zur historischen Aufarbeitung völlig ungeeignet und „legt den Rückzug hinter den Schutzschild des Schweigens oder in ein Erzählen nahe, bei dem die Vergegenwärtigung der Vergangenheit von Rechtfertigungsversuchen, von Nachweisen der Schuldfreiheit und von einer Umdeutung der Lebensgeschichte beherrscht wird.“²⁰ Jedoch entstand teilweise die

¹⁸ Hans Günter Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28 (2001), S.15- 30, hier S. 27. Hockerts verweist hier auf Peter Novick.

¹⁹ Vgl. dazu allgemein: Lothar Steinbach: Bewusstseinsgeschichte und Geschichtsbewusstsein. In: BIOS (Zeitschrift für Biographieforschung und Oral History). 8 (1995), S.98-106, hier S. 90 f.

²⁰ Michael von Engelhardt: Generationen, Gedächtnis und Erzählen Zur Bedeutung des Lebensgeschichtlichen Erzählens im Generationenverhältnis. In: Das Generationenverhältnis Über das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft. Hrsg. von Eckart Liebau. Weinheim u. München 1997, S. 53- 76, hier. S. 72.

Tribunalsituation gerade durch die Vorabansicht in die ersten Entwürfe der Arbeit. Die Bandbreite der ersten Reaktionen erstreckte sich von Aussagen wie, „habe ich den Eindruck gewonnen, dass ich einen anderen Amateurfunk mitmachte bzw. in einer anderen GST oder auch Radioklub war“ bis zur schroffen Ablehnung der Grundkonzeption. Der „Erklärungshorizont“ des Historikers prallte zum Teil recht heftig mit dem „Erlebnishorizont“ von Zeitzeugen zusammen, so dass auch in der vorliegenden Untersuchung ein von Günter Hockerts plastisch beschriebener Deutungskonflikt entstand. Durch die einsetzende „Transformation von *Erleben* in *Erkenntnis*“ entwickelten sich bei einigen Zeitzeugen Abwehrreaktionen und scharfe Kritik an der multiperspektivischen Darstellungsweise, die über den eigenen „Erlebnishorizont“ hinausgeht. Eine in dieser Arbeit intendierte weiträumige Einbeziehung aller Strukturen, welche Einflüsse auf die DDR-Funkamateure ausübten, wurde zum Teil als „politisch motiviert“ und der Realität fern abgetan bezeichnet. Es erschien einigen angesprochenen Zeitzeugen gleich einer von Hockerts beschriebenen „Verfremdungsoperation“, ohne dass zu diesem Zeitpunkt die endgültige Dimensionierung der bewusst gewollten Mischung aus „Struktur- und Erfahrungsgeschichte“ festgestanden hätte.²¹ Ein Zeitzeuge, am Ende der DDR einer der führenden Funktionäre für den Amateurfunk, äußerte grundsätzliche Zweifel an der Konzeption der Arbeit. Diese kollidierte mit seinen innersten Überzeugungen. Ideologie, Erziehung, anhaltende Loyalität im Glauben an den „besseren Staat“ ließen sich in diesem Falle nicht mehr mit der Konzeption vereinbaren, auch wenn der Ansatz ebenfalls einen Rahmen für diejenigen bietet, die aus Überzeugung an die „bessere Alternative“ sich für die damalige DDR mit aller Kraft eingesetzt haben. Schließlich geht es doch nicht primär um einen Gegensatz, sondern um eine Daseinsbestimmung der Funkamateure innerhalb einer Massenorganisation und deren Auswirkungen auf das Gruppengefüge.

Was allerdings für das reine Aktenstudium und den Historiker gilt, gilt auch für Autobiographisches der Zeitzeugen. Eine reine Verkürzung auf Selbstinterpretation durch Erinnerungsrekonstruktion unterliegt gleichfalls einem Trugbild. Es müssen vielmehr die „Bedingungen und Folgen politischer Entscheidungen, Prozesse und Strukturen“²² miteinbezogen werden, auch wenn dies der erlebten Geschichte in Erinnerungen von Zeitzeugen zuwiderläuft bzw. eine weitergehende, so bisher noch nicht angedachte Fragestellung durch den Historiker beinhaltet.

Es ergab sich aber aus den Gesprächen und dem Gedankenaustausch während der Entstehungsphase der Arbeit auch mit einigen der angesprochenen Zeitzeugen eine gegenseitig anregende Mischung, in welcher das subjektive Empfinden gegenüber der Akten- und Erlasslage in Position gebracht wurde und zum Teil das Privatarchiv geöffnet

²¹ Hockerts, S. 20.

²² Hans-Joachim Teichler: Einführung – Konfliktlinien zwischen Herrschaft und Eigensinn im Sport der DDR. In ders. (Hrsg.): Sport in der DDR Eigensinn, Konflikte, Trends. Bonn u. Köln 2003, S. 5-17, hier S.8 f.

wurde, um eigene Positionen zu verdeutlichen und allgemein bis dato lückenhafte Zusammenhänge zu ergänzen. Durch das Erzählen des eigenen Erlebnishorizonts, samt den eigenen damaligen Idealen, wurde eine subjektive Sichtweise als Ergänzung einer möglichen weiteren Ebene angeboten. Gleichzeitig taten sich hierbei teilweise wieder persönliche Erwartungshaltungen der Funkamateure auf, die so in der Arbeit nicht berücksichtigt werden konnten. Dies führte wiederum zu starken Irritationen.

Einerseits ließ sich durch Einsichtnahme in die Arbeit, Vorgespräche und auch gruppeninterne Rückkoppelungen der Zeitzeugen untereinander, eine Vorfilterung und Veränderung eines ursprünglichen Erinnerungsbildes teilweise nicht vermeiden. Andererseits wären aber keinerlei Aussagen zu erwarten gewesen, welche eine Einordnung der staatlichen Sichtweise und seiner Dokumente in den vermeintlichen Alltag des Funkamateurs erlaubt hätten. Es muss selbstverständlich in einem solchen Zusammenhang versucht werden, die „subjektive Sichtweise in den biographischen und historischen Zusammenhang einzuordnen“ und zwischen individueller und kollektiver Erinnerung zu unterscheiden, soweit dies noch möglich ist.²³ Einige der zur Mitarbeit bereiten Zeitzeugen waren als Funkamateure hauptamtliche Funktionäre in der GST. Dies ergab sich schon daraus, da sie es zum Teil selbst waren, die die in dieser Arbeit verwendeten Akten und Dokumente zum Amateurfunk mitgestaltet haben. Es wurde hier versucht, zusätzlich vom Insiderwissen zu profitieren. Sie illustrieren daher durchaus exemplarisch die Einbindung der Funkamateure innerhalb der Nahtstelle von Organisation und Funkamateure, ohne sie zur unmittelbaren Basis der „einfachen“ Funkamateure bzw. Mitglieder der GST zählen zu wollen. Allerdings wurden auch Zeitzeugen der „Basis“ befragt bzw. angeschrieben, die insbesondere 1989 in der Zeit der „Wende“ im Amateurfunk in Erscheinung getreten sind. Anhand von Zeitzeugenaussagen und mir überlassenen Dokumenten kommen die Probleme der Basis mit einer Einbindung des Amateurfunks in die GST deutlich zum Vorschein. Zusätzlich wurde in diesem Zusammenhang ein ehm. Funktionär des bundesrepublikanischen Amateurfunkvereins befragt.

Zu erwähnen wäre in diesem Zusammenhang, dass sich die in dieser Arbeit genannten Zeitzeugen heute untereinander teilweise stark reserviert gegenüber stehen, was ursächlich mit der jeweiligen Funktion und den eigenen Auffassungen zur Thematik während der GST-Zeit zusammenhängt. Sie alle empfinden sich zwar als Funkamateure, die Einbindung in die GST und das jeweilige Verhalten jedoch wird individuell höchst unterschiedlich beurteilt.

Struktur- und Erfahrungsgeschichte werden somit in dieser Studie mit gruppenbiographischen und individuellen Elementen verknüpft. Vieles wird anhand einzelner Beispiele beschrieben werden, ohne dass diese zwangsläufig Allgemeingültigkeit erreichen mussten. Dies lässt sich aber unter Beachtung der zuvor erwähnten Schwierigkeiten bei der

²³ Steinbach, S. 99.

Behandlung des vorliegenden Themas nicht vermeiden. Jedoch schwingen in den zahlreichen Beispielen Momente mit, die in ihrer Summe Anspruch und Realität bezüglich der Gesellschaft für Sport und Technik der DDR analysieren helfen, selbst wenn sich der Blick nur auf den Funksektor beschränkt. So erklären sich schließlich die ausführlichen Quellenzitate, welche bewusst nicht gekürzt wurden, um dem Leser an der Ausgangsbasis der Interpretation teilhaben zu lassen und deren Aussagen überprüfbar zu machen. Möglicherweise wird der eine oder andere Leser, insbesondere als Funkamateure mit Insiderkenntnissen, in Teilen zu anderen Sichtweisen kommen, was nun wiederum der schon zuvor erwähnten Quellenlage geschuldet ist. Mag die Arbeit in diesem Falle als Ausgangsplattform für die weitere Diskussion gesehen werden.